

## Stellungnahme zur 2. Sitzung des Verwaltungsrates der AÖR – Abwasserbeseitigung Weißenfels vom 29.01.2013 und zum Versuch der Beschneidung von demokratischen Grundrechten

Die veröffentlichten Tagesordnungen hatten es ja bereits erkennen lassen, dass die Befürchtungen der BI sehr realistisch gewesen sind. Bereits in unserem Info – Brief an die Stadträte, als es um den Beschluss der AÖR Satzung ging, hatten wir auf diesen Punkt hingewiesen.

Die gestrige Sitzung offenbarte die Scheinheiligkeit, mit der mehr Transparenz für alle Bürger durch eine Anstalt öffentlichen Rechts angekündigt wurde. Der Satzungstext ist eindeutig, als Geschäftsordnung von AÖR Sitzungen gilt die vom Stadtrat. Und die sieht generell als Punkt 3 jeder Tagesordnung eine Bürgerfragestunde vor. Aufschlussreich war für die BI gestern, dass es wohl einzig und allein der dringende Wunsch des Vorsitzenden des Verwaltungsrates war, das Satzungsrecht durch die Hintertür wieder einzuschränken. Nur so ist zu erklären, warum der OBM eine Stellungnahme seines Rechtsamtes eingeholt hat, über die sich einige Verwaltungsräte genau wie wir verwundert zeigten. Der Inhalt ist den anwesenden Bürgern nicht vorgetragen worden, aber aus den Kommentaren der Mitglieder war zu entnehmen, dass sich Herr Otto ziemlich verbiegen musste um eine Begründung für die Rücknahme von Satzungsrecht zu begründen.

Unter dem Druck der „Gott sei Dank“ zahlreich erschienenen Öffentlichkeit musste sich Herr Risch wieder einmal beugen und hat dann doch Fragen zugelassen. Vorläufig, wie er betonte. Für künftige Sitzungen des Verwaltungsrates müsste erst noch mal der Stadtrat befragt werden. Dies vor dem Hintergrund, dass der Wortlaut des Satzungstexts eindeutig ist und für Interpretationen keinen Spielraum lässt. In den Augen der Bürger im Übrigen ein unwürdiges Schauspiel. Wir müssen sehen, wie es am Donnerstag weiter geht, als BI bestehen wir auf unseren Recht Fragen zu stellen. Mögen diese auch manchmal unangenehm sein. Aber ein weiteres Manko hat sich gezeigt. Themen, die im öffentlichen Teil der Tagesordnung angekündigt wurden, dort mit Sicherheit auch hingehören, müssen auch ohne Einschränkung öffentlich behandelt werden. Eine erkennbare Regieanweisung hat massiv diese Information der Öffentlichkeit eingeschränkt. Besonders erkennbar am Vortrag der Stadtwerke zum Wirtschaftsplan, bei dem wichtige Kennzahlen verschwiegen bzw. für jeden merkbar übergangen wurden. Oder der Bericht des OB über Investitionen, der einen Maschinengewehrfeuertag, bei dem der Zuhörer keine Chance hatte nur irgendetwas als Information mitzubekommen. Die auf Papier gebrachten Zahlen/Informationen liegen ja dem Bürger zum Nachlesen nicht vor. So funktioniert Demokratie nicht, wenn quasi durch die Hintertür Bürgerrechte in dieser Art und Weise missachtet werden. Leider war ja zu diesem Zeitpunkt die „ausnahmsweise“ gewährte Bürgerfragestunde vorbei.

Uns Bürgern bleibt nur die Erkenntnis, dass in Weißenfels Demokratie nicht so wie andernorts funktioniert. Die im MZ Interview vom OB abgegebene Versicherung, die AöR bringt den Bürgern ein deutliches mehr an Demokratie hat sich gestern leider als nur als Lippenbekenntnis offenbart. Für die Bürger von Weißenfels ein vollkommen misslungener Neustart, Schade...